

UOKG e. V. - Ruschestr. 103, Haus 1 – 10365 Berlin

Presseinvitation

UOKG-Beratungsstelle

Bereich: DDR-Zwangsadoptionen

Anschrift:

Ruschestraße 103,
Haus 1 – 6. Etage – Zim. 609
D-10365 Berlin

Telefon: 030 557793-54

Fax: 030 557793-40

Sprechzeiten:

Mo – Fr. von 8:00 bis 16:00 Uhr

eMail: behr@uokg.de

Internet: www.uokg.de und

www.zwangsadoptierte-kinder.de

9. Juni 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchten wir Sie herzlich einladen zu unserer

Kundgebung mit Ehrengast Thomas Schoppe der Band „RENFT“

zum Thema

Vergessene Opfergruppen des SED-Regimes fordern unverzüglich die Aufnahme in das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz

in Berlin, am Samstag 13. Juni 2015 von 13 bis 15 Uhr

Viele Opfergruppen, die unter der Herrschaft des SED-Regimes gelitten haben, werden bis heute nicht rehabilitiert. Eine Aufarbeitung des erlittenen Unrechts lässt nach wie vor auf sich warten. Mit dem Einigungsvertrag von 1990 wurde aus SED-Unrecht heutiges Recht.

Dies betrifft insbesondere die Aufarbeitung des Unrechts an Kindern und Jugendlichen, sowie allen Herkunftseltern, deren Kinder gegen ihren Willen adoptiert wurden..

Es gibt keinen Unterschied, ob es die Gruppe der Betroffenen von DDR-Zwangsadoptionen betrifft, oder die Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die in DDR-Spezialheimen / Jugendwerkhöfen waren, oder die verfolgten Schüler, oder die sexuell missbrauchten Opfer in DDR-Einrichtungen, oder die Zwangsausgesiedelten, oder ... Die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Fakt ist, dass fast alle Kinder und Jugendliche waren. Alle wurden in unterschiedlicher Art und Weise in ihrem Leben und in ihrer persönlichen Entwicklung beschnitten und müssen bis heute mit den psychischen und körperlichen Auswirkungen leben. Hilfe für diese Personen gibt es so gut wie nicht.

Wir fordern die Aufklärung über erfolgte Adoptionen. Viele Adoptierte waren vor ihrer Adoption in einem Heim untergebracht und sind bis heute nicht über ihren Adoptionsstatus aufgeklärt. Leibliche Eltern, welche u.a. in politischer Haft saßen, wurden mit der Kindeswegnahme doppelt bestraft.

Wir fordern die Rehabilitierung von Zwangsadoptionen und deren Auflösungen, wenn dies von den betroffenen Adoptierten gewünscht wird.

Wir fordern uneingeschränkte Akteneinsicht der Jugendhilfsakten, Adoptionsvermittlungsakten, Heimakten und die Herausgabe von Kopien. Das dies machbar ist zeigt uns das bestehende Stasi-Unterlagengesetz.

Wir fordern strafrechtliche Rehabilitierung für die Betroffenen, die in DDR-Spezialheime und Jugendwerkhöfen waren. Der Heimeinweisungsgrund kann nicht alleiniger Maßstab bei der Rehabilitation sein, wenn die Betroffenen menschenrechtswidrige Praktiken durch Erzieher erdulden mussten, damit diese ihr sozialistisches Erziehungsziel erreichen.

Wir fordern unbegrenzte therapeutische Hilfe für sexuelle Missbrauchsoffer, die so etwas in DDR-Heimen erleben mussten und die umgehende Aufhebung der Verjährungsfristen. Bis heute werden die Täter geschützt, statt die Opferrechte zu stärken.

Wir fordern mehr geschichtliche Aufklärung über die SED-Diktatur in Bildungseinrichtungen.

–

Veranstalter: OvZ-DDR e.V. in Kooperation UOKG e.V.

Organisatorischer Ablauf:

13-15 Uhr: Kundgebung vor dem Brandenburger Tor auf dem Pariser Platz mit 2 kurze Performances, verschiedene Informationsstände und Zeitzeugengespräche

Anmeldungen unter:

Katrin Behr

behr@uokg.de

Tel. (14-16 Uhr) 030 55 77 93 54